

Ordentliche Landesdelegiertenkonferenz Hagen 20.-22.3.2009

AntragstellerIn: **Barbara Steffens u.a.**

TO-Gegenstand: **Wirtschafts- und Finanzkrise**
- Änderungsantrag zu WF-1



Antrags-Nr.:

WF-1.1 a-f

Änderungsantrag

5 Anfügen Seite 2 an Zeile 76

„Leiharbeits- und Teilzeitverträge werden als Erste gekündigt, Geringqualifizierte und Beschäftigte für Hilfstätigkeiten direkt entlassen. Aber nicht nur große Unternehmen sind betroffen, auch Kleinbetriebe aus dem Bereich der Zulieferer werden mitgezogen. Hier kommt für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen der eingeschränkte

10 Kündigungsschutz verschärfend hinzu.“

Einfügen Seite 3 Zeile 89 nach „Bildung“

„Pflege, Gesundheitswirtschaft, Dienstleistungssektor,...“

15 Einfügen Seite 3 Zeile 102 nach „Steuergelder“

„Steuergelder, für die Frauen wie Männer bezahlen müssen, von denen aber bei allen bisherigen Plänen überwiegend männliche Arbeitnehmer z.B. im Baugewerbe profitieren werden.“

20 Anfügen Seite 3 an Zeile 107

„Dabei muss die Chance genutzt werden, Arbeitsplätze für Männer und Frauen zu schaffen, damit Deutschland nicht länger Schlusslicht der Frauenerwerbsquote bleibt.“

Einfügen Seite 5 nach Zeile 213

25 **„Ein Programm das alle mitnimmt**

Das Konjunkturprogramm und alle Rettungsversuche sollen letztendlich zukunftsfähige und damit sozial-ökologische Arbeitsplätze schaffen bzw. erhalten. Es soll einer neuen Welle der Arbeitslosigkeit etwas entgegensetzen. Dabei müssen wir gerade in Deutschland im Blick haben, dass die Frauenerwerbsquote im EU-Vergleich sehr

30 schlecht ist. Und selbst der leichte Anstieg in den letzten Jahren kommt nur daher, dass die von Frauen erbrachten Arbeitsstunden auf mehr Frauen aufgeteilt werden. Deshalb müssen wir die Krise auch als Chance verstehen, mehr Geschlechtergerechtigkeit zu erreichen.“

35 Anfügen Seite 7 an Zeile 279

„Hiermit muss auch verhindert werden, dass diese heute viel zu niedrig entlohnt, überwiegend von Frauen erbrachten Dienstleistungen zur Daseinsvorsorge weiter ökonomisiert und damit dem Primat der Gewinnmaximierung unterworfen werden. Denn dies würde einerseits Risiken der Sicherstellung der Daseinsvorsorge mit sich bringen

40 und andererseits die Lohnspirale noch weiter senken mit der Folge, dass diese Dienstleistungen schlechter und mit nicht Existenz sichernden Löhnen für die Arbeitnehmerinnen erbracht werden.“

Begründung:

45 Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist nicht geschlechtsneutral. Weder in der Entstehung noch in den Auswirkungen und auch nicht bei den bisherigen Rettungsmaßnahmen.

UnterstützerInnen:

Barbara Steffens, KV Mülheim
50 Maria Klein-Schmeink, KV Münster
Angela Hebeler, KV Düsseldorf
Gerta Siller, KV Wuppertal
Judith Hasselmann, KV Köln
Andrea Asch, KV Köln
55 Sigrid Beer, KV Paderborn
Ewald Groth, KV Bochum
Dr. Kerstin Feldhoff, KV Dortmund
Ulle Schauws, KV Krefeld
Iris Michelmann, KV Solingen
60 Anneliese Pieper, KV Coesfeld
Stefanie Hansmeier-Maas, KV Essen
Elke Schmidt-Sawatzki, KV Minden-Lübbecke